ein Beitrag zum Klimaschutz, ökologische Auswirkungen katastrophal." Ein vernichtendes Urteil, das gewöhnlich über Kohlekraftwerke gefällt wird. Doch darüber spricht der schleswig-holsteinische Landesverband des Naturschutzbundes Deutschland e. V. (NABU) nicht. In diesem Fall geht es um die Biogasanlagen im nördlichen Bundesland. Seine Aktivisten verwenden bewusst das Wort "Agrargas", wenn sie über die Biogasproduktion lamentieren. Allein die Wahl des Begriffs weist auf eine Konfrontation hin, die sich in den vergangenen Jahren zwischen Naturschützern und Biogaserzeugern im nördlichsten Bundesland zugespitzt hat.

"Vermaisung der Landschaft", "Maiswüste" und "Agrarwahnsinn" schimpften die Naturschützer über die Ausweitung des Energiepflanzenbaus. Regionale Medien griffen das Thema gierig auf, und mancher Politiker nutzte die Situation, um sich als Umweltschützer zu profilieren und die Methanproduktion vor laufenden Kameras als unsinnige Sackgasse der Energiewende anzuprangern.

So standen und stehen die Biogasanlagenbetreiber in Schleswig-Holstein und auch anderswo unter Dauerfeuer der öffentlichen Kritik. In vielen Dörfern geht ein Riss durch die Einwohnerschaft: Auf der einen Seite gibt es die Betreiber, auf der anderen Seite die Anwohner, die den Biogasboom skeptisch

"Agrargas belastet die Umwelt"

Indessen nährt der Naturschutzbund das Misstrauen fleißig weiter. "Die Agrargaserzeugung muss als massive Umweltbelastung gelten", heißt es im Fazit eines im vergangenen September veröffentlichten Gutachtens des NABU Schleswig-Holstein. Erosion, Humusabbau, Nährstoffeinträge ins Grundwasser, Verdrängung naturnaher Biotope und Artenarmut sind Probleme, die vor allem der Maisanbau verursache, ist in dem Papier weiter zu lesen.

"Gegen uns läuft eine Kampagne", wehrt sich unterdessen Rainer Bonnhoff, Biogasanlagenbetreiber im Kreis Pinneberg, gegen pauschale Vorverurteilungen. Um nicht noch weiter an Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu verlieren, haben er und seine Mitstreiter den Verein "Natur und Energie Schleswig-Holstein" gegründet. "Wir wollen damit für mehr Verständnis in Sachen Energiepflanzenbau



Immer nur Mais fürs Biogas? Viele Landwirte setzen auch Grassilage, Getreide-Ganzpflanzensilage und Rüben ein. An weiteren Alternativen wird gearbeitet.

Schimpfen wie die Rohrspatzen

"Vermaisung der Landschaft", "Maiswüste" und "Agrarwahnsinn" – diese Begriffe sind in der **Öffentlichkeit** häufig zu hören, wenn es ums Biogas geht. Was können die Landwirte und die Branche tun, um ihr Image zu verbessern?

werben", erklärt Bonnhoff. Der Verein soll sich in Zukunft vor allem um die Effizienz in der Biogasherstellung und um Alternativen zum Maisanbau kümmern und diese Optionen in die Öffentlichkeit tragen. Gerade bei der Effizienz erwartet Bonnhoff noch große Schübe: "Allein dadurch können wir bei gleichen Leistungen auf große Flächen Mais verzichten."

Auch am Fachverband Biogas geht der Unmut der Naturschützer nicht spurlos vorbei. "Wir wollen keine Konfrontation, sondern in konstruktiven Gesprächen die Probleme lösen", sagt Mitarbeiter Stefan Rauh. "Die Vermaisung bewegt die



Biogasanlage auf der Nordseeinsel Nordstrand. Die Bottiche müssen nicht hässlich sein. Werden sie außerdem mit mehreren Pflanzenarten beschickt, kann sich niemand über Monokulturen aufregen.

Leute draußen am meisten, das ist nach wie vor ein großes Thema", weiß der Agraringenieur und sieht Diskussionsbedarf, um die Gemüter wieder zu beruhigen. Auch aus diesem Grund hat der Fachverband Biogas den Arbeitskreis Umwelt ins Leben gerufen. Darin sitzen Vertreter von NABU, BUND, Bauernverband, ökologischem Landbau und den Landwirtschaftsämtern. Auf der Tagesordnung stehen Themen, die nicht nur den Naturschutz beschäftigen: Artenvielfalt, Grundwasserschutz, Nährstoffströme und Treibhausgas-Bilanzierung. Rauh, der den Arbeitskreis leitet, nimmt auch die eigenen Mitglieder in die Pflicht. "Klar ist, dass ein einseitiger Anbau einer Kulturpflanze auf Dauer für Boden und Gewässer, für Flora und Fauna negative Auswirkungen hat."

Wenngleich es noch ein schwieriger Balanceakt zwischen Mitgliedern und Naturschützern werden wird, stellt Rauh dennoch in Aussicht, dass der Verband bald in die Offensive geht und eine eigene Leitlinie für einen nachhaltigen Anbau von Energiepflanzen formulieren wird. Um der Öffentlichkeit, der Branche und dem Naturschutz klarzumachen, dass nur die Einhaltung solcher Kriterien eine Zukunftsfähigkeit biete.

Die Gründungen sowohl des Arbeitskreises im Fachverband als auch des regional aktiven Vereins "Natur und Energie Schleswig-Holstein" zeigen, dass sich die Fronten zum Naturschutz verhärtet haben und jetzt Handlungsbedarf besteht. Dabei hatte Biogas bis vor wenigen Jahren unter Naturschützern kaum Gegner.

Weniger Beikrautarten und Insekten

"Es gibt aber ein gravierendes Problem, das auch das neue EEG nicht löst, nämlich die Konzentration von Energiepflanzen, insbesondere Mais, in jenen Regionen, wo traditionell kein oder deutlich weniger Mais angebaut wurde. Und das hatte in kurzer Zeit schon dramatische Folgen", wettert beispielsweise Cornelia Behm, Brandenburger Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. "So ändert sich das Artenvorkommen. Es gibt weniger Beikräuter, Insekten, Kleinsäuger und Vögel", sagt Behm. "Wenn das EEG dieses Problem nicht löst und auch die gute fachliche Praxis das nicht kann, sind die für Naturschutz zuständigen Landesregierungen am Zug", fordert die Grünen-Bundestagsabgeordnete.

Aber nicht nur innerhalb der grünen Klientel werden die Auswüchse der Biogasproduktion als Sündenfall betrachtet. Selbst innerhalb der Landwirtschaft verspüren die Biogaserzeuger Unmut. Sowohl konventionell als auch ökologisch wirtschaftende Landwirte kritisieren den Zuwachs beim Energiepflanzenanbau, weil er die Landpreise in die Höhe treibt. Zudem monieren Vertreter des ökologischen Landbaus, dass auch das novellierte EEG die besonderen Leistungen der Ökolandwirtschaft nicht ausreichend berücksichtigt habe. So stößt beispielsweise die Herausnahme von Kleegras aus der höher vergüteten Rohstoffklasse II auf Unverständnis. "Klee ist als Stickstoff bindende pflanze im Ökolandbau von zentraler Bedeutung", erläutert der Geschäftsführer vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Alexander Gerber. Die Novelle des EEG sei eine Enttäuschung, weil sie dem Ökolandbau keine Rahmenbedingungen schaffe, um stärker

in die Biogasproduktion einzusteigen.

Das kann letztlich auch nicht im Sinn der Natur- und Umweltverbände sein, garantiert doch Ökolandbau durch geschlossene Wirtschafts-Stoffkreisläufe, Humus bildende Bodenbearbeitung sowie geringeren Energieeinsatz und mehrgliedrige Fruchtfolgen mehr Naturnähe als konventionelle Anbaumethoden. Außerdem wird dem Auge des Betrachters mehr Vielfalt geboten. "Allerdings wird die Bioenergie von vielen Seiten überschätzt, sie kann nur einen kleinen Teil des Energiebedarfs decken", meint der BÖLW-Geschäftsführer.

Wenngleich Gerber fordert, dass die derzeitige Entwicklung bei Biogas "so nicht weitergehen darf", sei der Zug für ihn noch nicht abgefahren. "Es muss Vorschriften geben, die eine ökologische Ausgestaltung möglich machen", sagt er. Er verweist auf eine aktuelle wissenschaftliche Arbeit, die besagt, dass flächendeckender Ökolandbau die Ernährung der deutschen Bevölkerung sichere und überdies noch drei Millionen Hektar für den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen bereitstünden.

Mit Naturschützern zusammenarbeiten

Wie sich Naturschutz und Biogaserzeugung wieder näherkommen können, zeigt unterdessen das Projekt der Lindhorst-Gruppe, die im niedersächsischen Walle den Bau einer Biogasanlage plant, die Biomethan mit einer umgerechneten Leistung von 2,2 MW_{el} ins Gasnetz einspeisen soll. So verpflichtet sich die Lindhorst-Gruppe, einen vom NABU Niedersachsen aufgestellten Zehn-Punkte-Forderungskatalog einzuhalten. Darin befinden sich so wichtige Aspekte wie die Einhaltung einer dreigliedrigen Fruchtfolge, der Verzicht auf gentechnisch veränderte Organismen, der Verzicht auf den Grünlandumbruch und Mähen der Flächen vor dem 1. Juli, um Bodenbrüter nicht zu gefährden. Der Initiator des Forderungskatalogs, Uwe Baumert, setzt ausdrücklich auf Kooperation, ohne die Maxime "Vielfalt statt Einfalt" aufgeben zu müssen. Somit zeigen sich die NA-BU-Aktivisten versöhnlicher als ihre Mitstreiter in Schleswig-Holstein. "Schließlich müssen wir doch Optionen anbieten, wie wir den Atomausstieg schaffen", sagt Baumert.

Diese Position teilt auch Reinhild Benning, Leiterin Agrarpolitik beim BUND: "Wir brauchen Biogas für die Energiewende." Aber auch sie beklagt einen massiven Rückgang von Feldvögeln und anderen Arten, weswegen sie mit der "chemiehörigen" Bundesregierung scharf ins Gericht geht. Sie trage die Hauptschuld daran, dass die Ökologisierung des Landbaus auf der Stelle tritt. Dabei würde sie allen nützen. Und wer weiß, vielleicht versöhnt die Abkehr von der Energiepflanzen-Monotonie die Naturschützer doch noch mit den Bioenergie-Akteuren und den Ökolandbau mit den Biogaserzeugern. Einzig das Wildschwein wird sich dann nicht mehr so gut verstecken können.

DIERK JENSEN, HAMBURG